

Az.: P5/.....,/.....

Formblatt zur Zusatzvergütung

betreffend den Rechtsreferendar/die Rechtsreferendarin

.....

1. Zahlungsweise und Verpflichtungserklärung zur Kostenübernahme

Das Hinweisblatt zur sozialversicherungs- und steuerrechtlichen Behandlung von Zusatzvergütungen an Rechtsreferendare/innen durch private Ausbildende habe ich zur Kenntnis genommen. Vor dem dort erläuterten Hintergrund gebe ich (bei Anwaltssozietät: im Namen aller Partner der Anwaltssozietät/bei Unternehmen: im Namen des Trägers der Ausbildungsstelle) verbindlich die nachfolgende Erklärung ab:

Von mir/uns werden dem Referendar/der Referendarin im Rahmen der Ausbildung entgeltliche Vergütungen, geldwerte Vorteile und /oder Sachzuwendungen (Zusatzvergütungen)

- gewährt, und zwar
 - laufend in Höhe von/im Wert von EUR monatlich für
 - den ganzen Ausbildungszeitraum
 - die Monate
 - laufend (z.B. bei quartalsweiser Zahlung) in Höhe/im Wert von EUR am, davon entfällt anteilig auf
 - den Monatein Betrag von.....EUR
 - den Monatein Betrag von.....EUR
 - den Monatein Betrag von.....EUR
 - einmalig in Höhe/im Wert von EUR am

Sollten meine/unsere im Rahmen der Ausbildung tatsächlich geleisteten Zusatzvergütung von den oben stehenden Angaben abweichen, werde ich/werden wir dies dem Oberlandesgericht Dresden unverzüglich und möglichst im Voraus mitteilen. Gleiches gilt, wenn zu einem späteren Zeitpunkt eine Zusatzvergütung vereinbart und gewährt wird.

Ich verpflichte mich/wir verpflichten uns hiermit, dem Freistaat Sachsen die auf die Zusatzvergütung entfallenden Arbeitgeberanteile auf Anforderung des Oberlandesgerichts Dresden zu erstatten.

Mit der Zuweisung des Rechtsreferendars/der Rechtsreferendarin nimmt der Freistaat Sachsen, vertreten durch den Präsidenten des Oberlandesgerichts, die Verpflichtungserklärung an.

.....
Ort / Datum

.....
Kanzlei- bzw. Firmenstempel und Unterschrift

2. Datenschutzrechtliche Einwilligung des Auszubildenden

Ich bin/wir sind mit der Verarbeitung der für die - im Hinweisblatt dargestellte - Abwicklung der Zusatzvergütung zusätzlich erforderlichen Daten (Mitteilung der Höhe der Zusatzvergütung, Übermittlung der Höhe der Zusatzvergütung vom Oberlandesgericht Dresden an das Landesamt für Steuern und Finanzen, Speicherung der Höhe des Arbeitgeberanteils zur Anforderung der Erstattung und zur Sicherstellung des Zahlungseingangs durch das Oberlandesgericht Dresden) einverstanden.

Die Verarbeitung dieser Daten erfolgt ausschließlich zum Zweck der sozialversicherungs- und steuerrechtlichen Abwicklung der Zusatzvergütung.

Die Einwilligung ist freiwillig. Wird die Einwilligung widerrufen, werden die übermittelten Daten gelöscht, soweit sie nicht zur Abwicklung der Zahlung bereits angefallener Arbeitgeberanteile benötigt werden.

Im Fall eines Widerrufs der Einwilligung ist dem/der zugewiesenen Rechtsreferendar/Rechtsreferendarin die Entgegennahme einer Zusatzvergütung untersagt, weil andernfalls die ordnungsgemäße sozialversicherungs- und steuerrechtliche Behandlung der Zusatzvergütung nicht sichergestellt ist.

.....
Ort / Datum

.....
Kanzlei- bzw. Firmenstempel und Unterschrift

3. Datenschutzrechtliche Einwilligung des Rechtsreferendars/der Rechtsreferendarin

Ich bin mit der Übermittlung der vorgenannten Daten durch den mir zugewiesenen Auszubildenden einverstanden.

Die Einwilligung ist freiwillig. Wird die Einwilligung widerrufen, ist der/die Auszubildende nicht mehr befugt, an Stelle des Rechtsreferendars/der Rechtsreferendarin die vorgenannten Daten zu übermitteln.

Im Fall eines Widerrufs der Einwilligung ist die Entgegennahme einer Zusatzvergütung untersagt, weil andernfalls die ordnungsgemäße und sozialversicherungs- und steuerrechtliche Behandlung der Zusatzvergütung nicht sichergestellt ist.

.....
Ort / Datum

.....
Unterschrift Rechtsreferendar/Rechtsreferendarin